



AMTSBLATT

der Stadt Mönchengladbach

Nr. 13

Jahrgang 49
31. Mai 2023

Der Oberbürgermeister gibt bekannt:

Die Veröffentlichung des nachfolgenden Beschlusses des Ausschusses für Planung, Bauen und Stadtentwicklung im „Amtsblatt der Stadt Mönchengladbach“ wird angeordnet:

**- Aufstellung eines
Bebauungsplans;
Öffentliche Auslegung eines
Bebauungsplanentwurfs -**

Der Ausschuss für Planung, Bauen und Stadtentwicklung der Stadt Mönchengladbach hat in seiner Sitzung am 16.05.2023 folgenden Beschluss gefasst:

Bebauungsplan Nr. 809/N („Lambertsstraße“)

Stadtbezirk Nord, Gladbach, Gebiet zwischen Hindenburgstraße und Lambertsstraße (siehe Abbildung)

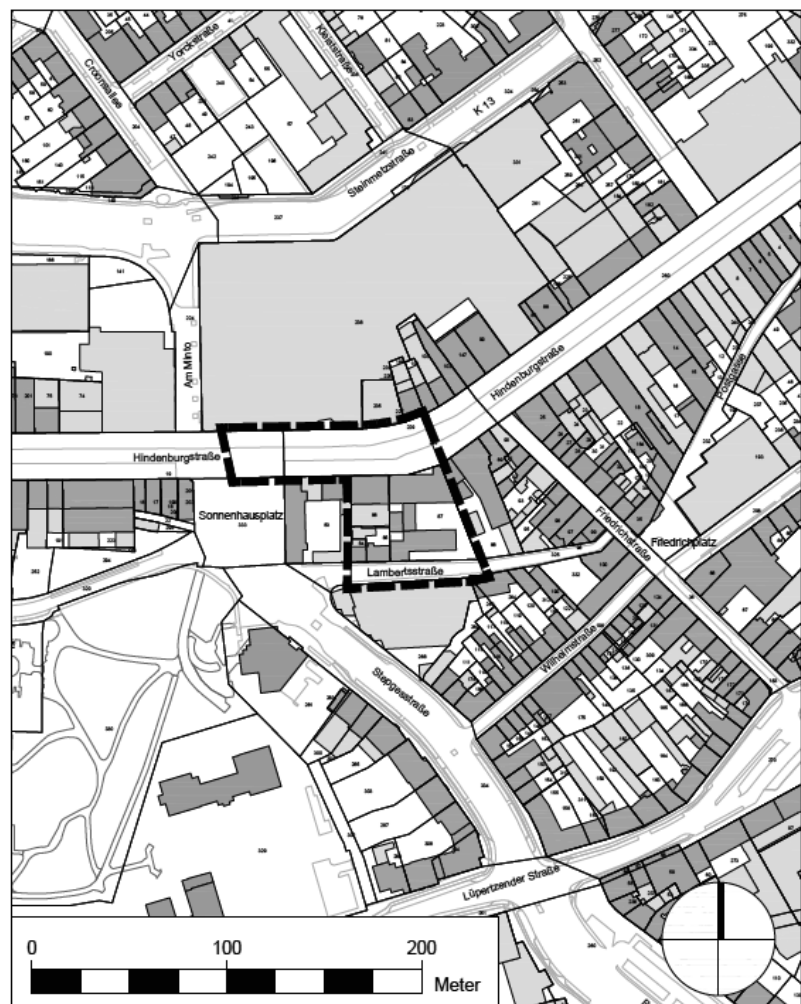
„Der Ausschuss für Planung, Bauen und Stadtentwicklung beschließt gemäß §§ 1 Abs. 8 und 2 Abs. 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 04. Januar 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 6):

1. Einen Bebauungsplan mit Festsetzungen im Sinne des § 30 Baugesetzbuch für den im vorliegenden Bebauungsplanentwurf Nr. 809/N bezeichneten Planbereich im Stadtbezirk Nord, Gladbach, Gebiet zwischen Hindenburgstraße und Lambertsstraße aufzustellen.

Planungsziele:

Städtebauliche Weiterentwicklung des Plangebietes und Stärkung und Belebung der Mönchengladbacher Innenstadt als Hauptgeschäftszentrum.

Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 809/N "Lambertsstraße"



© Stadt Mönchengladbach



Abgrenzung des Plangebietes

2. Den vorliegenden Entwurf des Bebauungsplans Nr. 809/N mit der Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen.“

Zu diesem Bebauungsplan sind folgende Arten umweltbezogener Informationen verfügbar:

- Stellungnahmen von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange zu den Themen Artenschutz, Baumbestand, Begrünung, bioklimatische Situation, Boden und Altlasten, Entwässerung, Entsorgung, Erdbebengefährdung, Erschließung, Geothermie, Grundwasser-Verhältnisse, Kampfmittel, Lärmimmissionen, Naturschutz, Nutzung erneuerbarer Energien, Sumpfungmaßnahmen (Braunkohleletagebau), Wasser und Wasserschutz, Hochwasser- und Überflutungsschutz,
- Fachgutachten zu den Themen Artenschutz, Lärmimmissionen (Verkehr und Gewerbe) und verkehrliche Auswirkungen,
- Umweltbericht gem. § 2 Abs. 4 BauGB mit Aussagen zu den Schutzgütern Mensch, Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt, Fläche und Boden, Wasser, Klima und Luft, Orts- und Landschaftsbild, Kultur- und Sachgüter, Natura-2000 Gebiete, zur Vermeidung von Emissionen, zum sachgerechten Umgang mit Abfällen und Abwässern, zur Nutzung erneuerbarer Energien sowie der sparsamen und effizienten Nutzung von Energie, zu Darstellungen von Landschaftsplänen sowie sonstigen Plänen, insbesondere des Wasser-, Abfall- und Immissionsschutzrechtes, zur Erhaltung der bestmöglichen Luftqualität in Gebieten, in denen die durch Rechtsverordnung zur Erfüllung von Rechtsakten der Europäischen Union festgelegten Immissionsgrenzwerte nicht überschritten werden, zur Anfälligkeit der zulässigen Vorhaben für schwere Unfälle oder Katastrophen und zu Wechselwirkungen zwischen den in § 1 Abs. 6 Nr. 7 a bis d BauGB genannten Schutzgütern.

Bekanntmachungsanordnung

Gemäß § 2 Abs. 1 BauGB wird der Beschluss des Ausschusses für Planung, Bauen und Stadtentwicklung, einen Bebauungsplan aufzustellen, hiermit ortsüblich bekannt gemacht.

Der Entwurf des vorgenannten Bebauungsplans mit seiner Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen liegt gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) in der Zeit vom 13.06.2023 bis einschließlich 14.07.2023 beim Fachbereich Stadtent-

wicklung und Planung in der Dienststelle Rathaus Rheydt (Eingang G), Markt 9, 41236 Mönchengladbach im Foyer des III. Obergeschosses, in den Zeiten

Montag bis Donnerstag
von 07.30 Uhr bis 16.00 Uhr
und Freitag
von 07.30 Uhr bis 12.30 Uhr,

öffentlich aus.

Die Planunterlagen können außerdem auf der Internetseite der Stadt Mönchengladbach (Kurzlink: stadt.mg/blr-beteiligung) eingesehen werden.

Während der Auslegungsfrist können bei der Stadtverwaltung Mönchengladbach Stellungnahmen abgegeben werden. Stellungnahmen können beispielsweise schriftlich, zur Niederschrift, per E-Mail (blr-beteiligung@moenchengladbach.de) oder online auf der oben genannten Internetseite vorgebracht werden.

Gemäß § 3 Abs. 2 i. V. m. § 4a Abs. 6 BauGB wird darauf hingewiesen, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben können.

Soweit in diesem Bauleitplan Bezug genommen wird auf technische Regelwerke – VDI-Richtlinien, DIN-Vorschriften sowie Richtlinien anderer Art –, so werden diese zur Einsicht bei der o. g. auslegenden Stelle bereitgehalten.

Hinweis gemäß § 44 Abs. 5 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 04. Januar 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 6) auf § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB:

„(3) Der Entschädigungsberechtigte kann Entschädigung verlangen, wenn die in den §§ 39 bis 42 bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind. Er kann die Fälligkeit des Anspruches dadurch herbeiführen, dass er die Leistung der Entschädigung schriftlich bei dem Entschädigungspflichtigen beantragt.“

„(4) Ein Entschädigungsanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die in Absatz 3 Satz 1 bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruches herbeigeführt wird.“

Hinweis gemäß § 215 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 04. Januar 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 6) auf § 215 Abs. 1 BauGB:

„(1) Unbeachtlich werden

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Flächennutzungsplans oder der Satzung schriftlich gegenüber der Gemeinde unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind. Satz 1 gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a beachtlich sind.“

Hinweis gemäß § 7 Abs. 6 Satz 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666); zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. April 2022 (GV. NRW. S. 490):

„Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes kann gegen Satzungen, sonstige ortsrechtliche Bestimmungen und Flächennutzungspläne nach Ablauf von sechs Monaten seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
 - b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
 - c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet
- oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.“

Mönchengladbach, den 23.05.2023

Felix Heinrichs
Oberbürgermeister

Bekanntmachung

Mit dem Beschluss zur Aufwertung des Adenauerplatzes wird die Abbildung der Kaiserstraße, die bereits aktuell durch die Baumaßnahme der Zentralbibliothek gegeben ist, auch zukünftig beibehalten. Eine Optimierung der Verkehrsführung im Gesamtquartier soll im Rahmen des Förderprojektes Wohnstraßen erfolgen mit dem Ziel, Durchfahrts- sowie Parksuchverkehre zu vermeiden und gleichzeitig eine gute Erreichbarkeit für Anlieger zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang bereits erfolgte Voruntersuchungen belegen die Machbarkeit der Abbildung Kaiserstraße, die in den vergangenen Monaten durch die Baumaßnahme bereits erfolgreich erprobt wurde und zu keinen Problemen in der verkehrlichen Abwicklung geführt hat.

Durch die Abbildung des westlichen Abschnitts der Kaiserstraße, d. h. die Freihaltung des Abschnitts vom motorisierten Individualverkehr, entsteht ein attraktiver Vorplatz zur Zentralbibliothek. Der östliche Abschnitt entlang des Parks soll zu einem verkehrsberuhigten Bereich umgestaltet werden, der befahrbar ist als Stichstraße mit Wendehammer. Die Kaiserstraße stellt so keine Barriere mehr dar, sondern wird Teil des gesamten Platzes und der Parkanlage.

Der autofreie Vorplatz wird durch Sperrpfosten abgegrenzt, sodass er nur noch für den erforderlichen Lieferverkehr zur Zentralbibliothek sowie Rettungs- und Müllfahrzeuge passierbar ist.

Diese Maßnahme setzt voraus, dass hinsichtlich der bislang dem öffentlichen Verkehr uneingeschränkt gewidmeten Kaiserstraße für die vg. Fläche (Gemarkung Mönchengladbach, Flur 23, Flurstück 64 tlw.) eine Teileinziehung für den Fahrzeugverkehr durchgeführt wird.

Der Ausschuss für Umwelt und Mobilität hat daher in seiner Sitzung am 11.05.2023 die Einleitung eines Teileinziehungsverfahrens gemäß § 7 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 1995 (GV. NRW. S. 1028 - SGV. NRW. 91 -), zuletzt geändert durch Artikel 15 des Gesetzes vom 01. Februar 2022 (GV.NRW. S. 122), für eine Teilfläche der Kaiserstraße (Gemarkung Mönchengladbach, Flur 23, Flurstück 64 tlw.) beschlossen.

Es ist beabsichtigt die Widmung der Kaiserstraße auf folgende Benutzungsarten zu beschränken:

- Fußgänger- und Radfahrerverkehr,
- Lieferverkehr zur Zentralbibliothek und Müllfahrzeuge

Die Absicht der Teileinziehung wird hiermit gemäß § 7 Abs. 4 StrWG NW bekannt gemacht, um Gelegenheit zu Einwendungen zu geben.

Ein Plan, aus dem die Lage des Teileinziehungsbereichs ersichtlich ist, kann während der Dienstzeiten montags bis donnerstags von 8.30 Uhr bis 12.30 Uhr und 14.00 Uhr bis 15.00 Uhr sowie freitags von 8.30 Uhr bis 12.30 Uhr beim Fachbereich Straßenbau und Verkehrstechnik, Abteilung Verwaltung und Service, Rathaus Rheydt, Zimmer 461 eingesehen werden.

Mönchengladbach, den 17.05.2023

Stadt Mönchengladbach
als Straßenbaubehörde
Der Oberbürgermeister
In Vertretung

Dr.-Ing. Gregor Bonin
Stadtdirektor und
Technischer Beigeordneter

Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises

Der Dienstausweis Nr. 3288, ausgestellt auf Frau G. Siewert, Fachbereich Bürgerservice, ist verloren gegangen.

Ich erkläre diesen Ausweis hiermit für ungültig. Die missbräuchliche Verwendung ist strafbar.

Mönchengladbach, den 12.05.2023

Der Oberbürgermeister
Fachbereich Organisation und IT

Ungültigkeitserklärung eines Dienstsiegels

Der Fachbereich Organisation und IT teilt mit, dass das Schulsiegel der Katholischen Grundschule Venn mit der Prüfziffer 1, verwendet worden ist.

Beschreibung:

Gummistempel, kreisförmig, Durchmesser 20 mm

Das Dienstsiegel enthält in der Mitte das Wappen der Stadt Mönchengladbach sowie folgende Umschrift:

= im oberen Halbkreis
= Stadt Kath. Grundschule 1
im unteren Halbkreis
= Mönchengladbach
dazwischen Venn Primarstufe

Ich erkläre dieses Siegel hiermit für ungültig.

Mönchengladbach, den 24.05.2023

Der Oberbürgermeister
Fachbereich Organisation und IT

Öffentliche Zustellung

Herrn Dawit Gebrehwit, *01.09.1990,
letzte bekannte Anschrift,

Alter Postweg 234, 26529 Osteel,

kann die **Rechtswahrungsanzeige** der Stadt Mönchengladbach vom 11.05.2023,

vertreten durch den Oberbürgermeister, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie, Aktenzeichen **51.45.10.1707**, nicht zugestellt werden.

Die o.g. Rechtswahrungsanzeige wird hiermit gemäß §10 des Landeszustellungsgesetzes (LZG NRW) vom 01.02.2006 (GV.NRW, S.94), zuletzt geändert am 12.05.2009, (GV.NRW, S.296), öffentlich zugestellt.

Der Empfänger wird hiermit aufgefordert, den Bescheid beim **Fachbereich Kinder, Jugend und Familie, Verwaltungsgebäude Rathaus Rheydt, Eingang F, Zimmer 52**, einzusehen bzw. abzuholen.

Der Bescheid gilt mit Ablauf von zwei Wochen nach Aushang dieser Mitteilung - ohne Einbeziehung des Aushängetages - sowie Bekanntgabe im Amtsblatt als zugestellt.

Mönchengladbach, den 25.05.2023

Stadt Mönchengladbach
Der Oberbürgermeister
Fachbereich Kinder, Jugend und Familie

im Auftrag
gez. Köllges

Öffentliche Zustellung

Herrn Farid Talliss Ayadi, *21.02.1979,
letzte bekannte Anschrift,

Gracht 62, 41236 Mönchengladbach

kann die **Rechtswahrungsanzeige** der Stadt Mönchengladbach vom 23.05.2023, vertreten durch den Oberbürgermeister, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie, Aktenzeichen **51.45.10.1447**, nicht zugestellt werden.

Die o.g. Inverzugsetzung wird hiermit gemäß §10 des Landeszustellungsgesetzes (LZG NRW) vom 01.02.2006 (GV.NRW, S.94), zuletzt geändert am 12.05.2009, (GV.NRW, S.296), öffentlich zugestellt.

Der Empfänger wird hiermit aufgefordert, den Bescheid beim **Fachbereich Kinder, Jugend und Familie, Verwaltungsgebäude Rathaus Rheydt, Eingang F, Zimmer 52**, einzusehen bzw. abzuholen.

Der Bescheid gilt mit Ablauf von zwei Wochen nach Aushang dieser Mitteilung - ohne Einbeziehung des Aushängetages - sowie Bekanntgabe im Amtsblatt als zugestellt.

Mönchengladbach, den 23.05.2023

Stadt Mönchengladbach
Der Oberbürgermeister
Fachbereich Kinder, Jugend und Familie

im Auftrag
gez. Köllges

Öffentliche Zustellung

Frau Elena Vol'demarovna Gerberg

* 19.10.1971, letzte bekannte Anschrift,

Bertolt-Brecht-Platz 6, 41068 Mönchengladbach

kann der Aufhebungsbescheid der Stadt Mönchengladbach vom 16.05.2023, vertreten durch den Oberbürgermeister, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie, Aktenzeichen **51.45.06.1025**, nicht zugestellt werden.

Der o.g. Aufhebungsbescheid wird hiermit gemäß §10 des Landeszustellungsgesetzes (LZG NRW) vom 01.02.2006 (GV.NRW, S.94), zuletzt geändert am 12.05.2009, (GV.NRW, S.296), öffentlich zugestellt.

Der Empfänger wird hiermit aufgefordert, den Bescheid beim **Fachbereich Kinder, Jugend und Familie, Verwaltungsgebäude Rathaus Rheydt, Eingang F, Zimmer 41**, einzusehen bzw. abzuholen.

Der Bescheid gilt mit Ablauf von zwei Wochen nach Aushang dieser Mitteilung - ohne Einbeziehung des Aushängetages - sowie Bekanntgabe im Amtsblatt als zugestellt.

Mönchengladbach, den 25.05.2023

Stadt Mönchengladbach
Der Oberbürgermeister
Fachbereich Kinder, Jugend und Familie

im Auftrag

Bezeichnung der Bauleistung:
Kurzbezeichnung HUP 2020
(Haltestellenumbauprogramm) - Teil 1
Vergabenummer 66-2023-043
(wie Aufforderung zur Angebotsabgabe)

Auftragsbekanntmachung National Bekanntmachungstext

a) Name, Anschrift, Telefon-, Telefaxnummer sowie Emailadresse des Auftraggebers (Vergabestelle):

Bezeichnung:
Stadt Mönchengladbach
Postanschrift:
Rathausplatz 1,
41061 Mönchengladbach
E-Mail-Adresse:
zentrale-vergabestelle-
dezernetVI@moenchengladbach.de

b) Gewähltes Vergabeverfahren:
Öffentliche Ausschreibung

c) ggf. Auftragsvergabe auf elektronischem Wege und Verfahren der Ver- und Entschlüsselung:
Art der akzeptierten Angebote
- Elektronisch in Textform

d) Art des Auftrags:
Ausführung von Bauleistungen

e) Ort der Ausführung:
Mönchengladbach

f) Art und Umfang der Leistung:
Barrierefreier Umbau von Bushaltestellen

g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrages, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden:
Erbringung von Planungsleistungen:
Nein

h) Falls der Auftrag in mehrere Lose aufgeteilt ist, Art und Umfang der einzelnen Lose und Möglichkeit, Angebote für ein, mehrere oder alle Lose einzureichen:
Die Vergabe wird in Lose aufgeteilt.

Angebote sollen eingereicht werden für:
ein oder mehrere Lose
Art der Losaufteilung: Teillose

Los-Nummer: 1
Bezeichnung:
Haltestelle "Sasserather Pfad"

Art und Umfang der Leistung:
Gegenstand der auszuführenden Leistung ist der barrierefreie Umbau der Bushaltestelle "Sasserather Pfad" mit einem Bushaltestellenpunkt im Bereich der Talstraße in Mönchengladbach - Odenkirchen-Mitte. Vorrangiges Ziel ist die Erhöhung der Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs. Die geschieht im Wesentlichen durch Verbesserung der Einstiegsverhältnisse und der Anfahrbarkeit im Bereich der Haltestelle.

Abweichung von der Vertragslaufzeit oder dem Beginn bzw. Ende des Auftrags:
Keine Abweichung

Haupterfüllungsort:
Haltestelle "Sasserather Pfad", Talstraße, 41199 Mönchengladbach

Ergänzende/Abweichende Angaben zum Leistungsort:
Bushaltestelle "Sasserather Pfad" bestehend aus:
- Bushaltestellenpunkt auf der Talstraße gegenüber Hausnummer 243 und 245

Los-Nummer: 2
Bezeichnung:
Haltestelle "Schleestraße"

Art und Umfang der Leistung:
Gegenstand der auszuführenden Leistung ist der barrierefreie Umbau der Bushaltestelle "Schleestraße" mit einem Bushaltestellenpunkt im Bereich der Talstraße in Mönchengladbach -

Odenkirchen-Mitte. Vorrangiges Ziel ist die Erhöhung der Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs. Dies geschieht im Wesentlichen durch Verbesserung der Einstiegsverhältnisse und der Anfahrbarkeit im Bereich der Haltestelle.

Abweichung von der Vertragslaufzeit oder dem Beginn bzw. Ende des Auftrags:
Keine Abweichung

Haupterfüllungsort:
Haltestelle "Schleestraße", Talstraße, 41199 Mönchengladbach

Ergänzende/Abweichende Angaben zum Leistungsort:
Bushaltestelle "Schleestraße Straße" bestehend aus:
- Bushaltestellenpunkt auf der Talstraße, Höhe Hausnummer 8 e und 8f

Los-Nummer: 3
Bezeichnung:
Haltestelle "Stoltenhoffstraße"

Art und Umfang der Leistung:
Gegenstand der auszuführenden Leistung ist der barrierefreie Umbau der Bushaltestelle "Stoltenhoffstraße" mit einem Bushaltestellenpunkt im Bereich der Talstraße in Mönchengladbach - Odenkirchen-Mitte. Vorrangiges Ziel ist die Erhöhung der Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs. Die geschieht im Wesentlichen durch Verbesserung der Einstiegsverhältnisse und der Anfahrbarkeit im Bereich der Haltestelle.

Abweichung von der Vertragslaufzeit oder dem Beginn bzw. Ende des Auftrags:
Keine Abweichung

Haupterfüllungsort:
Haltestelle "Stoltenhoffstraße", Talstraße, 41199 Mönchengladbach

Ergänzende/Abweichende Angaben zum Leistungsort:
Bushaltestelle "Stoltenhoffstraße" bestehend aus:
- Bushaltestellenpunkt auf der Talstraße gegenüber Hausnummer 53 bis 63

Los-Nummer: 4
Bezeichnung:
Haltestelle "Talstraße"

Art und Umfang der Leistung:
Gegenstand der auszuführenden Leistung ist der barrierefreie Umbau der Bushaltestelle "Talstraße" mit einem Bushaltestellenpunkt im Bereich der Talstraße in Mönchengladbach - Odenkirchen-Mitte. Vorrangiges Ziel ist die Erhöhung der Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs. Die geschieht im Wesentlichen durch Verbesserung der Einstiegsverhältnisse

und der Anfahrbarkeit im Bereich der Haltestelle.

Abweichung von der Vertragslaufzeit oder dem Beginn bzw. Ende des Auftrags:
Keine Abweichung

Haupterfüllungsort:
Haltestelle "Talstraße", Talstraße, 41199 Mönchengladbach

Ergänzende/Abweichende Angaben zum Leistungsort:
Bushaltestelle "Talstraße" bestehend aus:
- Bushaltepunkt auf der Talstraße, im Bereich Hausnummer 41

Los-Nummer: 5
Bezeichnung:
Haltestelle "Reitbahnstraße"

Art und Umfang der Leistung:
Gegenstand der auszuführenden Leistung ist der barrierefreie Umbau der Bushaltestelle "Reitbahnstraße" mit einem Bushaltepunkt im Bereich der Limitenstraße in Mönchengladbach-Rheydt. Vorrangiges Ziel ist die Erhöhung der Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs. Die geschieht im Wesentlichen durch Verbesserung der Einstiegsverhältnisse und der Anfahrbarkeit im Bereich der Haltestelle.

Abweichung von der Vertragslaufzeit oder dem Beginn bzw. Ende des Auftrags:
Keine Abweichung

Haupterfüllungsort:
Haltestelle "Reitbahnstraße", Limitenstraße, 41236 Mönchengladbach

Ergänzende/Abweichende Angaben zum Leistungsort:
Bushaltestelle "Reitbahnstraße" bestehend aus:
- Bushaltepunkt auf der Limitenstraße, Höhe Hausnummer 150 und 152

Los-Nummer: 6
Bezeichnung:
Haltestelle "Vogtsgarten"

Art und Umfang der Leistung:
Gegenstand der auszuführenden Leistung ist der barrierefreie Umbau der Bushaltestelle "Vogtsgarten" mit zwei Bushaltepunkten im Bereich der Gladbacher Straße in Mönchengladbach - Rheindahlen. Vorrangiges Ziel ist die Erhöhung der Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs. Die geschieht im Wesentlichen durch Verbesserung der Einstiegsverhältnisse und der Anfahrbarkeit im Bereich der Haltestelle.

Abweichung von der Vertragslaufzeit oder dem Beginn bzw. Ende des Auf-

trags:
Keine Abweichung

Haupterfüllungsort:
Haltestelle "Vogtsgarten", Gladbacher Straße, 41179 Mönchengladbach

Ergänzende/Abweichende Angaben zum Leistungsort:
Bushaltestelle "Vogtsgarten" bestehend aus:
- Bushaltepunkt auf der Gladbacher Straße, Höhe Hausnummer 99 - 107

- Bushaltepunkt auf der Gladbacher Straße, Höhe Hausnummer 108 - 114

i) Zeitpunkt, bis zu dem die Bauleistungen beendet werden sollen oder Dauer des Bauleistungsauftrags; sofern möglich Zeitpunkt, zu dem die Bauleistungen begonnen werden sollen:

Bestimmungen über die Ausführungsfrist
Beginn der Ausführung:
Frühestens am 31.07.2023
Vollendung der Ausführung nach Datum:
Spätestens am 31.12.2023

j) gegebenenfalls Angaben nach § 8 Abs.2 Nr. 3 VOB/A zur Nichtzulassung von Nebenangeboten:

Nebenangebote sind nur in Verbindung mit einem Hauptangebot zugelassen

k) gegebenenfalls Angaben nach § 8 Absatz 2 Nummer 4 zur Nichtzulassung der Abgabe mehrere Hauptangebote:

Mehrere Hauptangebote sind nicht zugelassen

l) Name und Anschrift, Telefon- und Faxnummer, Email-Adresse der Stelle, bei der die Vergabeunterlagen angefordert und eingesehen werden können; bei Veröffentlichung der Auftragsbekanntmachung auf einem Internetportal die Angabe einer Internetadresse, unter der die Vergabeunterlagen unentgeltlich, uneingeschränkt, vollständig und direkt abgerufen werden können; § 11 Absatz 7 VOB/A bleibt unberührt

elektronisch:
<https://www.vmp-rheinland.de/VMPSatellite/notice/CXPTYD0DCLK/documents>

m) Gegebenenfalls Höhe und Bedingungen für die Zahlung des Betrags, der für die Unterlagen zu richten ist:

n) Bei Teilnahmeantrag: Frist für den Eingang der Anträge auf Teilnahme, Anschrift, an diese Anträge zu richten sind, Tag, an dem die Auffor-

derungen zur Angebotsabgabe spätestens abgesandt werden:

o) Frist für den Eingang der Angebote und die Bindefrist:

Angebotsfrist: 06.06.2023 11:00 Uhr
Bindefrist: 05.08.2023

p) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind, gegebenenfalls auch Anschrift, an die Angebote elektronisch zu übermitteln sind:

Eine Abgabe per Post ist nicht möglich. Die Abgabe elektronischer Angebote unter:
<https://www.vmp-rheinland.de/VMPSatellite/notice/CXPTYD0DCLK>
unter Beachtung der dort genannten Nutzungsbedingungen ist zugelassen.

q) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:

DE

r) Die Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden, und gegebenenfalls deren Gewichtung:

Niedrigster Preis

s) Datum, Uhrzeit und Ort des Eröffnungstermins, sowie Angabe, welche Personen bei der Eröffnung der Angebote anwesend sein dürfen

06.06.2023 11:00 Uhr
Ort der Öffnung:
Angebotsabgabe elektronisch über die Vergabeplattform
<https://www.vmprheinland.de>
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:
Bieter oder deren Bevollmächtigte sind zur Angebotseröffnung nicht zugelassen.

t) Gegebenenfalls geforderte Sicherheiten:

u) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind:

v) Gegebenenfalls Rechtsform, die die Bietergemeinschaft, nach der Auftragsvergabe haben muss:

w) Verlangte Nachweise für die Beurteilung der Eignung des Bieters:

Unterlagen, die mit dem Angebot abzugeben sind:
- HVA B-StB Unterauftrag-/Nachunternehmerleistungen (wenn Teile der Leistung an Unterauftrag-/Nachunternehmer vergeben werden sollen; bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für je des Hauptangebot, in dem Teile der Leistung an Unterauftrag-/Nachunternehmer vergeben werden sollen)

- HVA B-StB Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft (wenn das Angebot von einer Bietergemeinschaft abgegeben wird; bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot einer Bietergemeinschaft)
- HVA B-StB Eigenerklärung zur Eignung (falls keine PQ-Nummer vorhanden bzw. die PQ-Qualifizierung nicht einschlägig ist), alternativ Einheitliche Europäische Eigenerklärung
- Eigenerklärung Mindestlohngesetz

Unterlagen, die auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen sind:

- Referenznachweise mit den im Formblatt Eigenerklärung zur Eignung genannten Angaben
- Erklärung zur Zahl der in den letzten 3 Jahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen, mit extra aus gewiesenem Leitungspersonal
- Gewerbeanmeldung, Handelsregisterauszug und Eintragung in der Handwerksrolle (Handwerkskarte) bzw. bei der Industrie- und Handelskammer
- Rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan (falls eine Erklärung über das Vorliegen eines solchen Insolvenzplanes angegeben wurde)
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse, falls das Unternehmen beitragspflichtig ist
- Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen, falls das Finanzamt eine solche Bescheinigung ausstellt
- Freistellungsbescheinigung nach § 48b Einkommensteuergesetz
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen
- Nachweise hinsichtlich einer eventuell durchgeführten Selbstreinigung
- Zur Höhe des Umsatzes Bestätigung eines vereidigten Wirtschaftsprüfers/Steuerberaters oder entsprechend testierte Jahresabschlüsse oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen

- x) **Name und Anschrift der Stelle, an die sich der Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen wenden kann:**
 Bezeichnung:
 Bezirksregierung Düsseldorf -
 Dezernat 34
 Postanschrift:
 Postfach 30 08 65, 40408 Düsseldorf

Sonstige Informationen für Bieter:

Die Kommunikation und auch Angebotsabgabe werden ausschließlich über den Vergabemarktplatz geführt. Eine Unterschrift ist wegen der ver-

einbaren "Textform" nicht erforderlich, wohl aber Erkennbarkeit des Absenders.

Das bedeutet, dass Anfragen und Angebote, die schriftlich, per Fax, telefonisch oder mittels E-Mail erfolgen, zurück gewiesen werden.

Fristende für Bieterfragen:
 01.06.2023

Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit Angebotsabgabe gefordert war, werden: nachgefordert

Bekanntmachungs-ID:
 CXPTYD0DCLK

**Bekanntmachung
 Öffentliche Ausschreibung**

- a) **Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle)**
 Name Stadt Mönchengladbach
 Straße Rathausplatz 1
 Plz, Ort 41061, Mönchengladbach
 E-Mail
 zentrale-vergabestelle-
 dezernetVI@moenchengladbach.de
- b) **Vergabeverfahren**
 Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
 Vergabenummer GMMG-2023-080
- c) **Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen**
 - ohne elektronische Signatur (Textform)
- d) **Art des Auftrags**
 - Ausführung von Bauleistungen
- e) **Ort der Ausführung**
 KGS Ohler, Konradstr. 72-74,
 41069 Mönchengladbach
- f) **Art und Umfang der Leistung, ggf. aufgeteilt in Lose**
 Erweiterungsbau zur Schaffung von neuen Betreuungsplätzen für den offenen Ganztags. Tischlerarbeiten, Innentüren
- g) **Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden**
 Zweck der baulichen Anlage
 Zweck des Auftrags
- h) **Aufteilung in Lose (Art und Umfang siehe Buchstabe f)**
 - nein
- i) **Ausführungsfristen**
 - Beginn der Ausführung
 14.08.2023
 - Fertigstellung oder Dauer der Leistungen 18.08.2023

j) **Nebenangebote**
 - nur in Verbindung mit einem Hauptangebot

k) **mehrere Hauptangebote**
 - zugelassen

l) **Bereitstellung/Anforderung der Vergabeunterlagen**
 Vergabeunterlagen werden elektronisch zur Verfügung gestellt unter: <https://www.vmp-rheinland.de/VMPSatellite/notice/CXPTYD0DCJF/documents>

Nachforderung

Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit Angebotsabgabe gefordert war, werden
 - nachgefordert

o) **Ablauf der Angebotsfrist**
 am 12.06.2023 um 11:00 Uhr
Ablauf der Bindefrist
 am 12.07.2023

p) **Adresse für elektronische Angebote**
<https://www.vmp-rheinland.de/VMPSatellite/notice/CXPTYD0DCJF>

q) **Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:**
 DE

r) **Zuschlagskriterien**
 - nachfolgende Zuschlagskriterien, ggf. einschl. Gewichtung:
 Kriterium Gewichtung
 Niedrigster Preis

s) **Eröffnungstermin** am 12.06.2023 um 11:00 Uhr
 Ort
 Angebotsabgabe elektronisch über die Vergabeplattform
<https://www.vmp-rheinland.de>
 Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen
 Bieter oder deren Bevollmächtigte sind zur Angebotseröffnung nicht zugelassen.

t) **geforderte Sicherheiten**

u) **Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind**

v) **Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften**

w) **Beurteilung der Eignung**
 Unterlagen, die mit dem Angebot abzugeben sind:
 - Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen (wenn Teile der Leistung an Nachunternehmer vergeben werden sollen; bei Abgabe mehrerer Hauptangebote

- für jedes Hauptangebot, in dem Teile der Leistung an Nachunternehmer vergeben werden sollen)
- Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft (wenn das Angebot von einer Bietergemeinschaft abgegeben wird; bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot einer Bietergemeinschaft)
 - Angabe der PQ-Nummer im Angebotsschreiben oder Formblatt Eigenerklärung zur Eignung oder Einheitliche Europäische Eigenerklärung

Unterlagen, die auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen sind:

- Referenznachweise mit den im Formblatt Eigenerklärung zur Eignung genannten Angaben
- Erklärung zur Zahl der in den letzten 3 Jahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen, mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal
- Gewerbeanmeldung, Handelsregisterauszug und Eintragung in der Handwerksrolle (Handwerkskarte) bzw. bei der Industrie- und Handelskammer
- rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan (falls eine Erklärung über das Vorliegen eines solchen Insolvenzplanes angegeben wurde)
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse, falls das Unternehmen beitragspflichtig ist
- Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen, falls das Finanzamt eine solche Bescheinigung ausstellt
- Freistellungsbescheinigung nach § 48b Einkommensteuergesetz
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen

x) Nachprüfung behaupteter Verstöße

Nachprüfungsstelle (§21 VOB/A)
Name Bezirksregierung Düsseldorf
- Dezernat 34
Straße Postfach 30 08 65
Plz, Ort 40408, Düsseldorf

Sonstiges

Die Kommunikation und auch Angebotsabgabe werden ausschließlich über den Vergabemarktplatz geführt. Eine Unterschrift ist wegen der vereinbarten "Textform" nicht erforderlich, wohl aber Erkennbarkeit des Absenders.
Das bedeutet, dass Anfragen und Angebote, die schriftlich, per Fax, telefonisch oder mittels E-Mail erfolgen, zurück gewiesen werden.

Fristende für Bieterfragen:
06.06.2023

Bekanntmachungs-ID:
CXPTYD0DCJF

**Offenes Verfahren,
EU-weite Ausschreibung**

Die Stadt Mönchengladbach -Fachbereich Organisation und IT- 41050 Mönchengladbach, vergibt im offenen Verfahren:

Ort der Leistung:
Mönchengladbach

Art und Umfang der Leistung:
Lieferung von 25 Elektrofahrzeugen verschiedener Fahrzeugtypen für diverse Fachbereiche der Stadt Mönchengladbach

Aufteilung in Lose:
Ja

- Los 1: Elektrofahrzeug Kastenwagen FB 10
- Los 2: Batterie Elektrofahrzeuge FB 39
- Los 3: Batterie Elektrofahrzeuge FB 39
- Los 4: Batterie Elektrofahrzeuge FB 39
- Los 5: Batterie Elektrofahrzeuge FB 51
- Los 6: Batterie Elektrofahrzeuge FB 51
- Los 7: Batterie Elektrofahrzeuge FB 51
- Los 8: Batterie Elektrofahrzeuge FB 53
- Los 9: Batterie Elektrofahrzeuge FB 64
- Los 10: Batterie Elektrofahrzeuge FB 66
- Los 11: Batterie Elektrofahrzeuge FB 40
- Los 12: Batterie Elektrofahrzeuge FB 40

Angebote sind möglich für ein Los, mehrere Lose oder alle Lose.

Ausführungsfrist:
schnellstmöglich, jedoch spätestens 30.04.2024

Fachliche Auskunft erteilt:
Herr Möller, Fachbereich Organisation und IT

Vergaberechtliche Auskunft erteilt
Herr Halbowski, Fachbereich Organisation und IT

Angebote sind ausschliesslich digital über die Vergabepattform Vergabemarktplatz Rheinland www.evergabe.nrw.de unter der Vergabenummer "10-2023-014".

Ablauf der Angebotsfrist:
22.06.2023, 12:00 Uhr

Die Bieterkommunikation wird ausschließlich über den Vergabemarktplatz Rheinland geführt.

Folgende Eignungsnachweise werden gefordert:

Eigenerklärungen zur/zum:

Folgende Nachweise aus dem Leistungsverzeichnis werden gefordert:

- Eigenerklärung über Ausschlussgründe, gewerberechtliche Voraussetzungen, Erfüllung der gesetzlichen Pflichten zur Zahlung der vom Finanzamt und der nicht vom Finanzamt erhobenen Steu-

ern, sowie der Beiträge zur Sozialversicherung - Formular 521 EU

- Beschreibung / Datenleistungsblatt des angebotenen Fahrzeuges Prospektmaterial und eine genaue Beschreibung des angebotenen Fahrzeuges ist dem Angebot Beizufügen
- Eigenerklärung Sanktionspaket, Vordruck 523 EU

Die Wertungskriterien sind wie folgt festgelegt:

- 50 % Preis
- 20 % Verbrauch, durchschnittlich in kWh/100 km im Stadtverkehr
- 10 % Garantie Fahrzeug ohne Aufpreis
- 10 % Garantie Batterie ohne Aufpreis
- 10 % Lieferzeit

Es können maximal 1.000 Punkte bei der Wertung erreicht werden.

Wertungsdurchführung beim Kriterium Preis:

Der niedrigste Gesamtpreis erhält die volle Punktzahl von 500. Ein doppelt so hohes Angebot erhält 0 Punkte. Die dazwischenliegenden Angebote werden gemittelt.

Wertungsdurchführung beim Kriterium Verbrauch, durchschnittlich in kWh/100 km im Stadtverkehr:

Zugrunde gelegt wird eine vorgegebene jährliche Gesamtfahrleistung je Los. Diese ist zum Teil -je Los- im Leistungsverzeichnis unterschiedlich. Das Fahrzeug mit dem niedrigsten Verbrauch erhält die volle Punktzahl von 200. Ein Fahrzeug mit einem doppelt so hohen Verbrauch - zum Fahrzeug mit dem niedrigsten Verbrauch erhält 0 Punkte. Die dazwischenliegenden Angebote werden gemittelt.

Wertungsdurchführung beim Kriterium Garantie Fahrzeug ohne Aufpreis:

Zugrunde gelegt wird eine vorgegebene jährliche Gesamtfahrleistung je Los. Als längste Garantiezeit werden in der Wertung maximal 72 Monate berücksichtigt. Diese Garantiezeit erhält die volle Punktzahl von 100. Die darunterliegenden Angebotszeiträume werden zum Günstigsten gemittelt. Angebote mit Garantiezeiten bis einschließlich 24 Monate erhalten 0 Punkte.

Wertungsdurchführung Garantie der Batterie ohne Aufpreis:

Zugrunde gelegt wird eine vorgegebene jährliche Gesamtfahrleistung je Los. Als längste Garantiezeit werden in der Wertung maximal 72 Monate berücksichtigt. Diese Garantiezeit erhält die volle Punktzahl von 100. Die darunterliegenden Angebotszeiträume werden zum Günstigsten gemittelt. Angebote mit Garantiezeiten bis einschließlich 24 Monate erhalten 0 Punkte.

Wertungsdurchführung Lieferzeit

Das Angebot mit der kürzesten Lieferzeit erhält die höchste Punktzahl von 100. Angebote mit Lieferzeiten mit länger als 6 Monaten erhalten 0 Punkte. Die dazwischenliegenden Angebote werden gemittelt.

Bindefrist:
31.08.2023

Bei der Eröffnung der Angebote sind die Bieter bzw. ihre Bevollmächtigten nicht zugelassen.

Stadt Mönchengladbach
Der Oberbürgermeister
– Fachbereich Organisation und IT –

Bezeichnung der Bauleistung:
Kurzbezeichnung Jahresvertrag
Straßenbau 2023/2024 - Straßenbau
Vergabenummer 66-2023-0059
(wie Aufforderung zur Angebotsabgabe)

Auftragsbekanntmachung National Bekanntmachungstext

a) Name, Anschrift, Telefon-, Telefaxnummer sowie Emailadresse des Auftraggebers (Vergabestelle):

Bezeichnung:
Stadt Mönchengladbach
Postanschrift:
Rathausplatz 1,
41061 Mönchengladbach
E-Mail-Adresse:
zentrale-vergabestelle-
dezernetVI@moenchengladbach.de

b) Gewähltes Vergabeverfahren:
Öffentliche Ausschreibung

c) ggf. Auftragsvergabe auf elektronischem Wege und Verfahren der Ver- und Entschlüsselung:
Art der akzeptierten Angebote
- Elektronisch in Textform

d) Art des Auftrags:
Ausführung von Bauleistungen

e) Ort der Ausführung:
Mönchengladbach

f) Art und Umfang der Leistung:
Im Zuge des Rahmenvertrages werden mehrere Einzelaufträge zu Straßenneubaumaßnahmen, z.B. Querungshilfen, Neuanlage von Gehwegen, Pflaster- und Asphaltstraßen etc. mit einem Auftragsvolumen je Einzelmaßnahme bis maximal 50.000 EUR netto realisiert. Es können auch Kleinaufträge als Einzelauftrag mit wesentlich geringerem Umfang zur Ausführung kommen.

Der von dieser Ausschreibung umfasste Ausführungszeitraum ist für 01.08.2023 bis zum 31.07.2024 vorgesehen.

g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrages, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden:

Erbringung von Planungsleistungen:
Nein

h) Falls der Auftrag in mehrere Lose aufgeteilt ist, Art und Umfang der einzelnen Lose und Möglichkeit, Angebote für ein, mehrere oder alle Lose einzureichen:

Die Vergabe wird nicht in Lose aufgeteilt.

i) Zeitpunkt, bis zu dem die Bauleistungen beendet werden sollen oder Dauer des Bauleistungsauftrags; sofern möglich Zeitpunkt, zu dem die Bauleistungen begonnen werden sollen:

Bestimmungen über die Ausführungsfrist
Beginn der Ausführung:
Spätestens 10 Werktage nach Aufforderung
Baubeginn und Bauzeit variieren je nach Maßnahme. Der Baubeginn der Einzelaufträge wird in einem separaten Auftragsschreiben festgelegt. Die Reihenfolge und Abwicklung der Arbeiten bleibt überwiegend dem AN überlassen. Sie ist dem AG vorab, spätestens eine Woche vor Baubeginn mitzuteilen.

j) gegebenenfalls Angaben nach § 8 Abs.2 Nr. 3 VOB/A zur Nichtzulassung von Nebenangeboten:

Nebenangebote sind nur in Verbindung mit einem Hauptangebot zugelassen

k) gegebenenfalls Angaben nach § 8 Absatz 2 Nummer 4 zur Nichtzulassung der Abgabe mehrere Hauptangebote:

Mehrere Hauptangebote sind nicht zugelassen

l) Name und Anschrift, Telefon- und Faxnummer, Email-Adresse der Stelle, bei der die Vergabeunterlagen und zusätzliche Unterlagen angefordert und eingesehen werden können; bei Veröffentlichung der Auftragsbekanntmachung auf einem Internetportal die Angabe einer Internetadresse, unter der die Vergabeunterlagen unentgeltlich, uneingeschränkt, vollständig und direkt abgerufen werden können; § 11 Absatz 7 VOB/A bleibt unberührt

elektronisch:
<https://www.vmp-rheinland.de/VMPsatellite/notice/CXPTYD0DCZU/documents>

m) Gegebenenfalls Höhe und Bedingungen für die Zahlung des Betrags, der für die Unterlagen zu entrichten ist:

n) Bei Teilnahmeantrag: Frist für den Eingang der Anträge auf Teilnahme, Anschrift, an diese Anträge zu richten sind, Tag, an dem die Aufforderungen zur Angebotsabgabe spätestens abgesandt werden:

o) Frist für den Eingang der Angebote und die Bindefrist:

Angebotsfrist: 16.06.2023 10:00 Uhr
Bindefrist: 04.08.2023

p) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind, gegebenenfalls auch Anschrift, an die Angebote elektronisch zu übermitteln sind:

Eine Abgabe per Post ist nicht möglich. Die Abgabe elektronischer Angebote unter:
<https://www.vmp-rheinland.de/VMPsatellite/notice/CXPTYD0DCZU> unter Beachtung der dort genannten Nutzungsbedingungen ist zugelassen.

q) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:

DE

r) Die Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden, und gegebenenfalls deren Gewichtung:

Niedrigster Preis

s) Datum, Uhrzeit und Ort des Eröffnungstermins, sowie Angabe, welche Personen bei der Eröffnung der Angebote anwesend sein dürfen

16.06.2023 10:00 Uhr

Ort der Öffnung:

Angebotsabgabe elektronisch über die Vergabeplattform
<https://www.vmprheinland.de>
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:
Bieter oder deren Bevollmächtigte sind zur Angebotseröffnung nicht zugelassen.

t) Gegebenenfalls geforderte Sicherheiten:

u) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind:

v) Gegebenenfalls Rechtsform, die die Bietergemeinschaft, nach der Auftragsvergabe haben muss:

w) Verlangte Nachweise für die Beurteilung der Eignung des Bieters:

Unterlagen, die mit dem Angebot abzugeben sind:

- HVA B-StB Unterauftrag-/ Nachunternehmerleistungen (wenn Teile der Leistung an Unterauftrag-/Nachunternehmer vergeben werden sollen; bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für je des Hauptangebot, in dem Teile der Leistung an Unterauftrag-/ Nachunternehmer vergeben werden sollen)
- HVA B-StB Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft (wenn das Angebot von einer Bietergemeinschaft abgegeben wird; bei Abga-

- be mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot einer Bietergemeinschaft)
- HVA B-StB Eigenerklärung zur Eignung (falls keine PQ-Nummer vorhanden bzw. die PQ-Qualifizierung nicht einschlägig ist), alternativ Einheitliche Europäische Eigenerklärung
 - Eigenerklärung Mindestlohngesetz

Unterlagen, die auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen sind:

- Referenznachweise mit den im Formblatt Eigenerklärung zur Eignung genannten Angaben
- Erklärung zur Zahl der in den letzten 3 Jahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen, mit extra aus gewiesenem Leitungspersonal
- Gewerbeanmeldung, Handelsregisterauszug und Eintragung in der Handwerksrolle (Handwerkskarte) bzw. bei der Industrie- und Handelskammer
- Rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan (falls eine Erklärung über das Vorliegen eines solchen Insolvenzplanes angegeben wurde)
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse, falls das Unternehmen beitragspflichtig ist
- Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen, falls das Finanzamt eine solche Bescheinigung ausstellt
- Freistellungsbescheinigung nach § 48b Einkommensteuergesetz
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen
- Nachweise hinsichtlich einer eventuell durchgeführten Selbstreinigung
- Zur Höhe des Umsatzes Bestätigung eines vereidigten Wirtschaftsprüfers/Steuerberaters oder entsprechend testierte Jahresabschlüsse oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen

x) Name und Anschrift der Stelle, an die sich der Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen wenden kann:

Bezeichnung:
Bezirksregierung Düsseldorf -
Dezernat 34
Postanschrift:
Postfach 30 08 65, 40408 Düsseldorf

Sonstige Informationen für Bieter:

Die Kommunikation und auch Angebotsabgabe werden ausschließlich über den Vergabemarktplatz geführt. Eine Unterschrift ist wegen der vereinbarten "Textform" nicht erforderlich, wohl aber Erkennbarkeit des Absenders.

Das bedeutet, dass Anfragen und Angebote, die schriftlich, per Fax, telefonisch oder mittels E-Mail erfolgen, zurück gewiesen werden.

Fristende für Bieterfragen:
12.06.2023

Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit Angebotsabgabe gefordert war, werden: nachgefordert

Bekanntmachungs-ID:
CXPTYD0DCZU

Kraftloserklärung eines Sparkassenbuches

Das nachstehend aufgeführte verlorengegangene Sparkassenbuch, ausgestellt von der Stadtparkasse Mönchengladbach, wurde am 16. Mai 2023 durch Beschluss des Sparkassenvorstandes für kraftlos erklärt:

Sparkassenbuch-Nr.:
3500612449

Mönchengladbach, den 19. Mai 2023

STADTSPARKASSE
MÖNCHEINGLADBACH
Der Vorstand



„Amtsblatt der Stadt Mönchengladbach“ - Herausgeber:
Der Oberbürgermeister – Fachbereich Organisation und
IT, Wilhelm-Strauß-Straße 50-52, 41236 Mönchenglad-
bach, Telefon (0 21 61) 25-25 65 oder 25-25 63. Das Amts-
blatt erscheint in der Regel am 15. und Letzten
eines Monats. Der Jahresbezugspreis einschließlich Post-
zustellgebühren beträgt 24,34 EURO, zahlbar im Voraus
nach Erhalt der Rechnung. Einzelexemplare werden im
Fachbereich Organisation und IT zum Preis von 0,92
EURO abgegeben. In den Stadtbibliotheken und in den
Bezirksverwaltungsstellen liegt das Amtsblatt zur Einsicht-
nahme aus. Neu- bzw. Abbestellungen nimmt Fach-
bereich Organisation und IT nur schriftlich entgegen.
Kündigungen sind bis spätestens 30. November (Post-
stempel) nur zum Ende des Jahres möglich.

Druck: Peter & Walter Pies, 41065 Mönchengladbach.

Stadt Mönchengladbach, 41050 Mönchengladbach
Postvertriebsstück, DPAG, Entgelt bezahlt